(Vizepräsident Lipinski.)

(A) Auf amtliche Kenntnis hin kann ich feststellen, daß dieses alles Humbug war, was in der Presse verbreitet worden ist.

(Abg. Menke [Dresden]: Und trotzdem geschieht es heute noch!)

Trotzdem habe ich versucht, eine Bereitschaft zur Verstärkung des Grenzschutzes herbeizuführen. Da kam dieselbe Presse, die erst geschrien hatte, daß Sachsen bedroht sei, daß Sachsen überfallen werde, und fühlte sich dann darüber beschwert, daß überhaupt ein verstärkter Grenzschutz für die Feiertage bereitgestellt sei. Wie man es eben machte, so war es falsch. Es kam bloß darauf an, Sensation zu treiben.

Damit glaube ich, Ihnen dargetan zu haben, daß die sogenannte Tschechengefahr wirtschaftlich und politisch nur in den Hirnen einiger Zeitungsinteressenten besteht.

(Sehr richtig! links.)

Ich will Ihnen auch sagen, welche Kreise die Inspiratoren sind. An die Regierung ist wiederholt das Ersuchen gerichtet worden, sich in deutsch-böhmische Angelegenheiten zugunsten der Böhmen einzumischen. Das ist abgelehnt worden, und deshalb sind gerade jene Kreise es gewesen, die immer wieder die deutsche Presse ermuntert haben, (B) gegen die Tschechen vorzugehen. Ich glaube, kein Geheimnis zu verraten, daß gerade der Spezialgesandte, der nach Prag ging, der deutschen Presse den Vorwurf machte, daß sie unbesehen alle Meldungen, die aus deutsch-böhmischen Quellen fließen, abdrucke, sie aber nicht an der Hand der Tatsachen, an der Hand der tschechisch-slowakischen Zeitungen kontrolliere. Wenn sie das täte, würde sie über die wahren Absichten der Tschechen besser unterrichtet sein, als wie es die deutsche Presse ist.

(Zuruf links: Alles Schwindel!)

Es ist also so, daß hier Interessentenkreise hinter dieser ganzen Agitation stehen, und es muß eine sehr sorgfältige Prüfung vorgenommen werden, ob überhaupt auf Grund solcher Presseäußerungen irgendwelche Maßnahmen getroffen werden können. Es hat mich außerordentlich überrascht, daß der Herr Minister Dr. Gradnauer noch die chauvinistische Pauke — oder wie ich sagen will —, sich chauvinistisch in der Rede ausgedrückt hat, daß er für einen verstärkten Grenzschutz aufgetreten ist und vor allen Dingen auf die Gefahr im Osten hingewiesen hat. Ich habe schon vorhin darauf aufmerksam gemacht, daß die Entente sich bemüht, den Bolschewismus niederzuringen, nicht, weil der Bolschewismus ihr nicht verhandlungsfähig sei, sondern weil man damit den Sozialismus treffen wollte. Nach dem Brest-Litowsker (C) Frieden hat man noch das Baltenland, das Kurland besetzt gehalten. Warum? Ist da deutsches Eigentum irgendwie gefährdet? Ist da Deutschland irgendwie beeinträchtigt?

(Abg. Fleißner: Das Kapital!)

Will man durch den sogenannten Grenzschutz bloß das kapitalistische Interesse baltischer Barone aufrecht erhalten, oder will man sich die Baltenlande eventuell noch als Pfand sichern? Das ist die Frage. Denn die Bolschewisten denken gar nicht daran, Deutschland zu bekriegen, wenn Deutschland die Russen in Ruhe läßt.

(Sehr richtig! links.)

Wirtschaftlich genommen liegen doch die Dinge gerade umgekehrt. Wir sind bei dem Niedergange, den Deutschland durch den Krieg erlitten hat, gezwungen, mit Rußland zusammenzugehen.

(Sehr richtig! links.)

Wir haben gerade mit ihm eine Verbindung zu schaffen, mit ihm einen Warenaustausch zu ermöglichen. Und unsere erste Aufgabe wäre es, mit Rußland wieder in Verbindung zu treten und den Ostschutz, soweit er nicht absolut notwendig ist, um den Grenzverkehr zu sichern, (D) zurückzuziehen. Ich kann nicht anerkennen, daß eine Notwendigkeit für die Aufstellung eines Grenzschutzes vorhanden ist.

Nun zu der Frage Polens. Die Frage Polen hat ein ganz anderes Gesicht, wenn Sie ein wenig zurückdenken bis zum Jahre 1914. War es nicht die deutsche Regierung, die an die russischen Juden sich mit einem Aufruf wandte und ihnen die Wiederherstellung Polens zusicherte? Ja, wenn damals die Agitation für die Wiederherstellung Polens eingeleitet worden ist, durch deutsche Agitation mit deutschem Gelde, ist es da nicht ganz selbstverständlich, daß, nachdem einmal die Nationalitätenfrage entrollt war, nun auch die Polen sagten, dann wollen wir wieder haben, was ehemals polnisch war. So liegen meiner Meinung nach die Dinge, daß zur Schaffung eines Grenzschutzes im Sinne einer sozialdemokratischen Regierung gar keine Voraussetzungen vorliegen, daß aber auch alle Dinge, mit weniger Phantasie und mit mehr Vernunft behandelt, zu einem besseren und vernünftigeren Ergebnis in der Politik führen würden.

(Bravo! bei den Unabhängigen.)

Vizepräsident Dr. Dietel: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schwager.